



Die Welt trifft sich

Leitfaden

ANKUNFTSGEBIETE STÄRKEN

Landeshauptstadt

SAAR BRÜ CKEN



INHALT

Einführung

Warum ein Leitfaden „Ankunftsgebiete stärken“? 4

Das Wichtigste im Überblick 5

Ankunftsgebiete: Begriffsklärung

Ankommen, durchkommen, weiterkommen 6

Exkurs: Community 8

Ankunftsgebiete stärken: was, wozu, wie?

Die Ziele: Chancengerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt 9

Die Schlüssel: Kooperation, Quartiersentwicklung
und Steuerung vor Ort 11

Steuerung vor Ort: Lokales Integrationsmanagement
und Anlaufstelle im Stadtteil 17

Handlungsfelder und Maßnahmen 21

Beispiel Bildung: Inklusiv Bildungswerkstatt 22

Beispiel Lokale Ökonomie: Stärkung der Geschäftsstraße
„Breite Straße“ 24

Beispiel Öffentlicher Raum: Streit ums Grüne 26

Beispiel Sozialer Zusammenhalt: Begegnungsmöglichkeiten
schaffen 28

Beispiel Zusammenleben: Keine Angst vor Konflikten 29



Liebe Leserinnen und Leser,

das Projekt PatchWorkCity verdient Ihre Aufmerksamkeit, denn es enthält Anregungen zum Themenkomplex „Ankunftsgebiete“, die bleibenden Wert haben. Sie sind Ergebnis vieler öffentlichkeitswirksamer Aktionen und Veranstaltungen. Viele Fachleute aus Theorie und Praxis waren in die zahlreichen Diskussionen und Workshops involviert.

Mit dem vorliegenden Leitfaden gehen wir noch einen Schritt weiter: Wir haben die Ergebnisse der fachlichen Auseinandersetzung über die Frage, wie wir in der Stadtentwicklung mit dem Thema Migration umgehen, in – vorsichtige – Empfehlungen umgemünzt. Vorsichtig deshalb, weil die gesellschaftlichen Entwicklungen in unserer Zeit einer großen Dynamik unterworfen sind und wir uns nie zurücklehnen dürfen in dem Gefühl, wir hätten nun ein für alle Mal verstanden, worauf es ankommt. Und doch wagen wir es, unsere eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Projekt PatchWorkCity weiterzugeben an interessierte Akteurinnen und Akteure in unserer eigenen Stadt und darüber hinaus. Wir haben während der Projektlaufzeit 2017 bis 2019 nämlich auch die gute Erfahrung gemacht, dass es ein großes

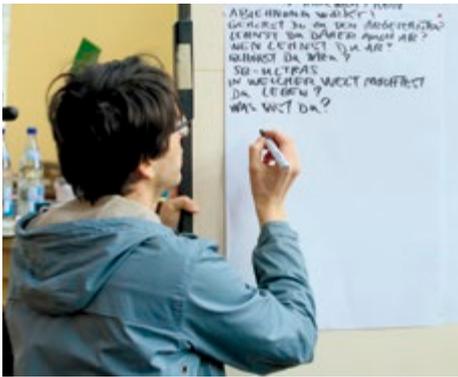
Interesse an einem Austausch zwischen Kommunen von Saarbrücken über Kaiserslautern bis Schwerin über den Umgang mit Ankunftsstadtteilen gibt. In diesem Austausch haben wir selbst viel gelernt, und so geben wir auch gerne unser Wissen an andere weiter.

Der Leitfaden ergänzt sehr gut die erste Veröffentlichung zum Projekt PatchWorkCity, nämlich die Broschüre „Vielfalt ins Gespräch bringen“. Die Rückmeldungen zu diesem Format, in dem wir sehr praxisnah die Planung und Durchführung von Veranstaltungen beschrieben haben, waren sehr ermutigend. Deshalb haben auch den vorliegenden Leitfaden so anschaulich wie möglich gestaltet. Wir hoffen, dass auch er zur Nachahmung anregen wird!



Ihr

Uwe Conradt
Oberbürgermeister
Landeshauptstadt Saarbrücken



Patch-Werkstatt



Straßenumfrage



Die Hymne: Alle anders. Alle Saarbrücken



Alternativer Gottesdienst



Teppich der Vielfalt



Picknick am laufenden Meter

WARUM EIN LEITFADEN „ANKUNFTSGEBIETE STÄRKEN“?

Das Projekt „PatchWorkCity – Saarbrücken“, finanziert aus Mitteln der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, hat sich intensiv mit dem Thema „Ankunftsgebiete“ in seinen unterschiedlichsten Facetten auseinandergesetzt. In mehreren Workshops haben Stadtverwaltung, Gemeinwesenprojekte und Expert*innen diskutiert, wie Ankunftsgebiete entstehen, welche Merkmale Ankunftsgebiete ausmachen und welche Bedeutung sie für die Gesamtstadt besitzen. Es wurde festgestellt, dass diese Gebiete eine besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung brauchen. Die Unterstützung kann am besten im Rahmen einer integrierten, kooperativen und partizipativen Quartiersentwicklung erfolgen.

In der Kampagne „PatchWorkCity. Zusammenleben in Vielfalt“ haben wir viele unterschiedliche Dialogformate ausprobiert, um Saarbrücker Bürger*innen miteinander in Kontakt und ins Gespräch zu bringen. Im Mittelpunkt standen dabei die Fragen: Wie kann das Zusammenleben in einer stark von Einwanderung und Vielfalt geprägten Stadtgesellschaft gelingen, und was hält sie bei aller Unterschiedlichkeit zusammen?

In diesem Leitfaden wollen wir über unsere Erfahrungen berichten und wesentliche Ergebnisse reflektieren. Er knüpft damit an die Broschüre zur Kampagne an.



DAS WICHTIGSTE IM ÜBERBLICK

- Ankunftsgebiete zeichnen sich aus durch: bezahlbaren Wohnraum, Beschäftigungsmöglichkeiten für Neuzuwanderer sowie Netzwerke von Menschen, die die gleiche Sprache sprechen und einen ähnlichen kulturellen Hintergrund haben.
- Ankunftsgebiete lassen sich weder verhindern noch planen, vielmehr entwickeln sie sich, weil Migrant*innen sich an den Plätzen niederlassen, an denen sie am einfachsten ankommen können.
- Für die Gesamtstadt übernehmen diese Gebiete wichtige Integrationsleistungen. Daher gilt es, diese Gebiete zu stärken und zu stabilisieren.
- In den Ankunftsgebieten war die soziale und wirtschaftliche Lage vieler Bewohner*innen auch schon vor der Zuwanderung von Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten sowie aus Osteuropa schwierig. Diese Situation hat sich durch die Zuwanderung der letzten Jahre verschärft. Daher eignen sich für die Stärkung von Ankunftsgebieten insbesondere inklusive Strategien, die sich an alle Bewohner*innen richten.

Ansätze zur Unterstützung sind:

- Infrastruktur, insbesondere für Bildung, erhalten und ausbauen
- materielle und personelle Ressourcen der Bildungs- und sozialen Akteure stärken
- Kontakte zwischen den Bewohner*innen herstellen und Konflikte aktiv moderieren
- enge Kooperation zwischen Stadt, Kreis (in Saarbrücken: Regionalverband), Gemeinwesenarbeit und weiteren lokalen Akteuren aufbauen und Aktivitäten abstimmen
- lokale Integrationsnetzwerke und gegebenenfalls lokales Integrationsmanagement aufbauen.

Am besten lassen sich komplexe Herausforderungen im Rahmen einer integrierten, kooperativen und partizipativen Quartiersentwicklung bearbeiten, in der Expert*innen aus den relevanten Fachbereichen von Stadtverwaltung und Regionalverband, lokale Akteure (bspw. Gemeinwesenarbeit, Bildungseinrichtungen) und Bewohner*innen eng zusammenarbeiten.

In diesem Leitfaden beschreiben wir Beispiele für Ansätze und Maßnahmen zur Stärkung von Ankunftsgebieten. Die meisten davon haben wir im Projekt „PatchWorkCity – Saarbrücken entwickelt Vielfalt“ erprobt.



Ankunftsgebiete: Begriffsklärung

ANKOMMEN, DURCHKOMMEN, WEITERKOMMEN

Orte für den Neuanfang

Zu allen Zeiten und an allen Orten war es so: Menschen, die einwandern, zieht es eher in die Städte als auf das Land, und innerhalb der Städte zieht es sie in bestimmte Gebiete. Warum ist das so? In der Wissenschaft werden im Wesentlichen drei Gründe identifiziert:

- Wer neu ist in einem anderen Land, fängt meist „klein“ an und kann nicht viel Miete bezahlen.
- Wer noch wenig Deutsch kann, fängt eher mit kleinen, informellen Jobs an, die durch Landsleute vermittelt werden. Die findet man z. B. in Geschäften in der Nachbarschaft.
- Wer neu ist, sucht nach Orientierung. Menschen, die dieselbe Sprache sprechen und einen ähnlichen kulturellen Hintergrund haben, sind wichtige Wegweiser. Die vertraute Gemeinschaft, die „Community“, kann Halt geben. Darüber hinaus gilt, dass Einwanderer*innen – erst recht, wenn sie ein geringes Einkommen haben – auf dem Wohnungsmarkt in den „besseren“ Gebieten nur mit Mühe unterkommen.

Kurz gesagt:

Ankunftsorte sind die Orte, an denen Migrantinnen und Migranten am einfachsten ankommen können.

Alles, was man zum Ankommen braucht

In der Forschung wird von „migrationssensiblen Opportunitäten“ gesprochen. Dazu gehören beispielsweise Dienstleister für internationalen Geldtransfer, auch wenn man kein Bankkonto hat, Anbieter von Pre-Paid-Handykarten zum preiswerten transnationalen Telefonieren oder Internetcafés. Sie bieten internationale Waren und Leistungen an, die insbesondere Neuhinzugezogene aus anderen Ländern als „Starthilfe“ benötigen.

Aber wenn die Menschen alle in dieselben Stadtteile ziehen – ist das nicht ein Problem?

Natürlich kann man sich wünschen, dass es mehr soziale und kulturelle Mischung und eine bessere Verteilung über die ganze Stadt gibt. Ein wenig kann man darauf auch Einfluss nehmen: Die Saarbrücker Stadtverwaltung hat dies gemacht, als sie die neu ankommenden Geflüchteten ab Oktober 2014 in Stadtteilen untergebracht hat, die bis dahin nicht so stark von Einwanderung berührt waren. Aber man muss den Tatsachen ins Auge blicken: Ankunftsorte lassen sich nicht planen. Auch für Geflüchtete, die aus einer Gemeinschaftsunterkunft ausziehen und sich selbst eine Wohnung suchen¹, gilt: Es zieht viele in die Ankunftsgebiete. Es geht darum anzuerkennen, dass Ankunftsgebiete die anderen Stadtteile entlasten. Sie sind



diejenigen, die mehr als die anderen mit den Herausforderungen durch Vielfalt und soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut zu kämpfen haben. Sie brauchen dabei Unterstützung und sie verdienen Solidarität.

Ankunftsgebiete in Saarbrücken

Man kann Ankunftsgebiete statistisch genau nachweisen. Zurzeit gibt es in Saarbrücken 19 Ankunftsgebiete. Dazu gehören Teile der Folsterhöhe sowie die Distrikte Bellevue, Rußhütte, Unteres Malstatt, Leipziger Straße, Jenneweg, Hochstraße, Ottstraße, Füllengarten und Brebach.

Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Wir müssen alle zusammen – also „kooperativ“ – die Verantwortung für die Ankunftsgebiete übernehmen. Das heißt, wir müssen sie so stärken, dass sie für diejenigen, die weiterkommen, Durchgangsstationen bleiben, und akzeptable Lebensbedingungen bieten für die, die bleiben.

¹ Bei der Erstunterbringung von Geflüchteten zwischen 2014 und 2016 ist die Landeshauptstadt Saarbrücken häufig selbst als Mieter von Privatwohnungen aufgetreten und hat dann weitervermietet. Bei der Anschlussunterbringung war das organisatorisch und finanziell nicht mehr möglich. Damit ist auch ein Steuerungsinstrument verloren gegangen, mit dem es zeitweise gelungen war, eine gewisse Streuung in der Stadt zu erzielen.

Ankunftsgebiete statistisch bestimmen

Der Sozialwissenschaftler Dr. Sebastian Kurtenbach hat mittels kleinräumiger Daten der amtlichen Statistik Ankunftsgebiete in Saarbrücken identifiziert. Dazu wurden 7 Maßzahlen/Indikatoren in einer Faktoren- und anschließenden Clusteranalyse zusammengefasst, um die beiden Faktoren „Segregation“ und „Fluktuation“ auf der Ebene der statistischen Distrikte und Bezirke in Saarbrücken abzubilden. Die Maßzahlen/Indikatoren sind: SGB II Quote (Abbildung der sozialen Segregation), Ausländeranteil (Abbildung der ethnischen Segregation), Anteil der unter 18-Jährigen (Abbildung der demografischen Segregation) sowie zur Abbildung der „Durchlauffunktion“ von Ankunftsgebieten die folgenden vier Indikatoren: 1) Anteil der Zuzüge von außerhalb der Stadtgrenze an der Bevölkerung, Anteil der Fortzüge nach außerhalb der Stadtgrenze an der Bevölkerung, Anteil der Zuzüge aus einem anderen statistischen Bezirk an der Bevölkerung, Anteil der Fortzüge in einen anderen statistischen Bezirk an der Bevölkerung.



Exkurs:

WAS HEISST EIGENTLICH „COMMUNITY“?

Community lässt sich mit „Gemeinschaft“ übersetzen. Die ganze Bedeutung des Begriffs, vor allem im Bereich Migration, wird mit dieser Übersetzung aber nicht erfasst, deshalb wird oft der englische Begriff verwendet. Die Idee dahinter: Menschen sind Teil einer Community, zu der sie soziale Beziehungen unterhalten und mit der sie durch soziale Verpflichtungen verbunden sind. Wie stark man sich einer Community verbunden fühlt, hängt von verschiedenen Faktoren ab: institutionellen Bindungen durch Arbeit, Schule, Religionsgemeinschaft; sozialen Aktivitäten mit der Nachbarschaft; engen lokalen Kontakten mit Verwandten und Freunden und emotionalen Bindungen zum Ort².

Neben der Zugehörigkeit zu einem Raum – einem Stadtteil, einem Quartier – ist mit Community immer häufiger auch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe gemeint, die durch ähnliche (tatsächliche oder zugeschriebene)

kulturelle Merkmale, Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht etc. definiert wird und deren Verbindung auch transnational und virtuell sein kann: Man spricht zum Beispiel von der „türkischen Community“ oder von der „schwarzen Community“. Hier spielt der Bezug zum Stadtteil oft kaum mehr eine Rolle. Man informiert sich über türkische, russische etc. Medien oder tauscht sich im Internet über die Themen aus, die die Community verbindet. Doch Vorsicht: Die Rede von den „Migrantengemeinschaften“ weist auch auf eine soziale Konstruktion hin. Menschen sind nicht nur Teil einer oder mehrerer Communities, sondern müssen auch in ihrer Individualität betrachtet werden. Insgesamt wächst die Bedeutung von virtuellen gegenüber physischen Räumen.

² vgl. Thomas Geisen et.al. (Hrsg), Migration, Stadt und Urbanität: Perspektiven auf die Heterogenität migrantischer Lebenswelten, Heidelberg 2017, S. 52

ANKUNFTSGEBIETE STÄRKEN: WAS, WOZU, WIE?

DIE ZIELE

Die Stärkung von Ankunftsstadtteilen verfolgt zwei Ziele

Ankunftsgebiete haben mehr als andere Stadtgebiete mit den Herausforderungen durch Vielfalt und soziale Probleme zu kämpfen. Die Risiken für den Einzelnen, nicht in gleichem Maße wie andere an gesellschaftlichen Chancen teilzuhaben, sind hier größer als andernorts, und der soziale Zusammenhalt ist hier stärker gefährdet. Die Stärkung von Ankunftsgebieten setzt deshalb im Wesentlichen an diesen zwei Zielen an: Chancengerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt.

a) Chancengerechtigkeit

Was bedeutet Chancengerechtigkeit? Es geht um einen gerechten, das heißt möglichst gleichen Zugang zu Ressourcen, Leistungen, Positionen und Gütern – und zwar auch dann, wenn die Menschen ganz unterschiedliche Ausgangssituationen haben. Chancen sind dann relativ gerecht verteilt, wenn eine soziale Ordnung versucht, die unterschiedlichen Ausgangspositionen auszugleichen und Benachteiligungen aktiv entgegenzusteuern.

Besonders deutlich wird die Bedeutung von Chancengerechtigkeit, wenn es um Bildungschancen – und damit letztendlich auch um Chancen auf Arbeit, materiellen Wohlstand, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe – geht. Personengruppen mit eingeschränkten Teilhabechancen können einander als Konkurrenz wahrnehmen, was sich negativ auf das Zusammenleben auswirkt – auch das muss im Rahmen einer ausgleichenden Politik berücksichtigt werden.

Noch immer gibt es besonders in Deutschland einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Das gilt von der frühkindlichen Bildung über Weiterbildung im Erwachsenenalter bis zur beruflichen Bildung. Die Chancen werden weiter eingeengt durch die regionalen bzw. lokalen Bedingungen³. Das Ziel von mehr Chancengerechtigkeit erfordert deshalb Maßnahmen in allen Bildungsbereichen und eine besondere Anstrengung in Ankunftsgebieten, in denen soziale Benachteiligung und Heterogenität doppelte Herausforderungen an die Institutionen stellen.

Diesem Ziel kommt man näher durch inklusive Strategien, die die Teilhabe aller anstreben. Dabei kann man einerseits durch die Brille der Menschenrechte schauen: Es geht dann um die Rechte des Individuums auf Teilhabechancen. Oder durch die Brille der Sozialpolitik: Dann geht es um die Schaffung der strukturellen Rahmenbedingungen für mehr Chancengerechtigkeit.

b) Sozialer Zusammenhalt

Die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders bezeichnet man als gesellschaftlichen oder sozialen Zusammenhalt. Der „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann-Stiftung sagt, dass eine Gesellschaft dann „kohäsiv“ ist, wenn folgende Leitsätze erfüllt sind: 1) Die Menschen haben starke und belastbare soziale Netze. 2) Sie haben großes Vertrauen in ihre Mitmenschen. 3) Sie akzeptieren Personen mit anderen Wertvorstellungen und

³ vgl. Interview mit Kai Maaz, <https://www.bne-portal.de/de/infotek/interviews/chancengerechtigkeit-im-deutschen-bildungssystem#>, Aufruf vom 1.8.2019

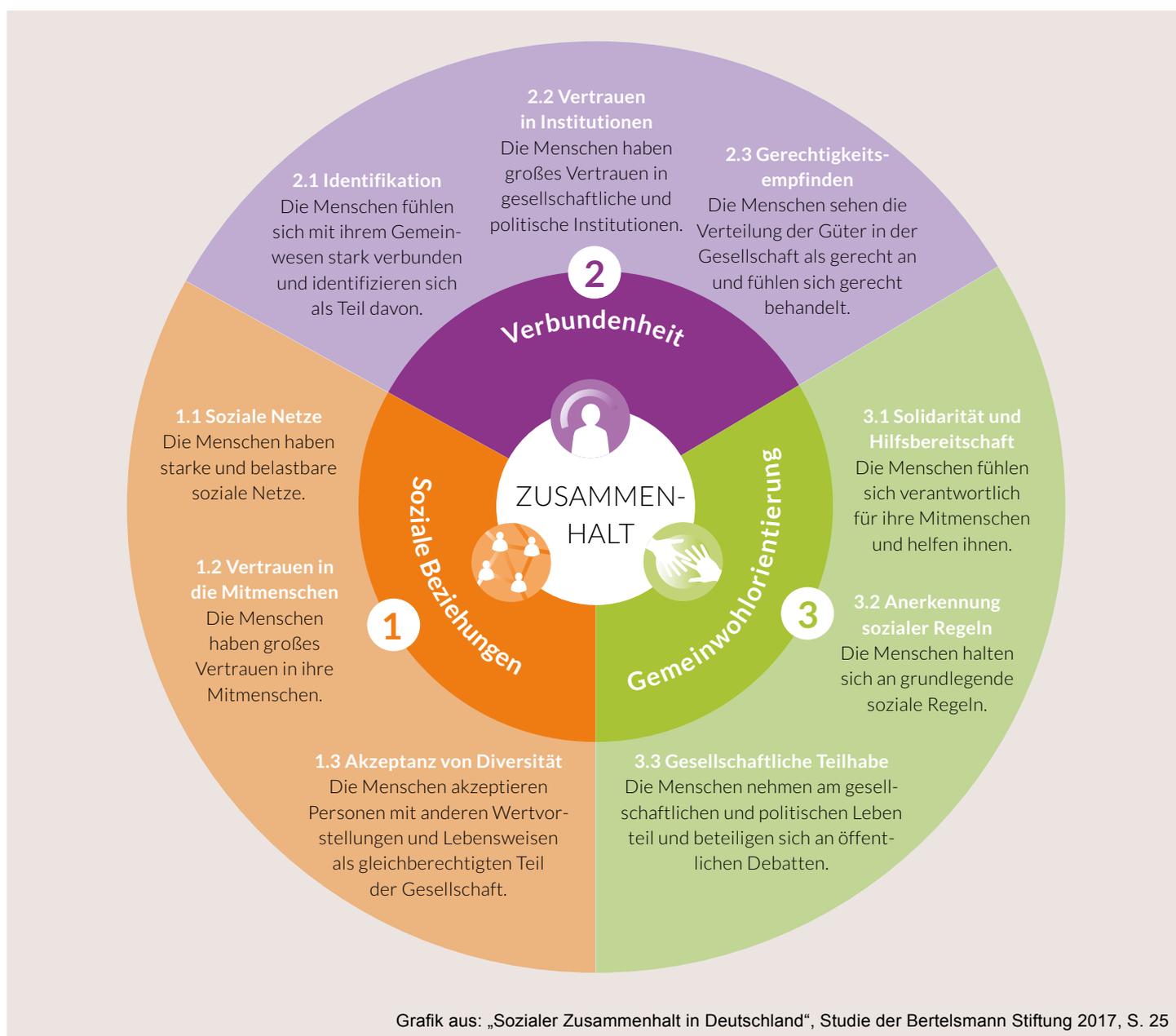
Lebensweisen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft. 4) Sie fühlen sich mit ihrem Gemeinwesen stark verbunden und identifizieren sich mit ihm. 5) Sie haben großes Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen. 6) Sie sehen die Verteilung der Güter in der Gesellschaft als gerecht an und fühlen sich gerecht behandelt 7) Sie fühlen sich verantwortlich für ihre Mitmenschen und helfen ihnen. 8) Sie halten sich an grundlegende soziale Regeln. 9) Sie nehmen am gesellschaftlichen und

politischen Leben teil und beteiligen sich an öffentlichen Debatten.

Die Bertelsmann-Stiftung hat für Deutschland im Jahr 2017 herausgearbeitet: „Allen Unkenrufen zum Trotz ist es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland nach wie vor gut bestellt. Auch die wachsende kulturelle und religiöse Vielfalt steht dem Gemeinsinn nicht entgegen. Allerdings gibt es deutliche Anzeichen für mögliche Gefährdungen: Dazu zählen die in der

Bevölkerung wahrgenommene Gerechtigkeitslücke und die tiefe Spaltung, die sich in Bezug auf das soziale Miteinander zwischen Ost und West sowie zwischen strukturschwachen und prosperierenden Regionen aufbaut. Die höchsten Werte beim Zusammenhalt weisen das Saarland, Baden-Württemberg und Bayern auf.“

Bereiche und Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenhalts





DIE SCHLÜSSEL: KOOPERATION, QUARTIERSENTWICKLUNG, STEUERUNG VOR ORT

Ankunftsgebiete brauchen integrierte, kooperative und partizipative Quartiersentwicklung

Im Projekt PatchWorkCity haben wir uns in verschiedenen Workshops immer wieder mit der Frage beschäftigt, wie wir Ankunftsstadtteile so stärken können, dass sowohl die Integration von Zuwander*innen gelingt als auch die Lebensqualität und die Lebenschancen aller Bewohner*innen verbessert werden.

Dabei sind die Herausforderungen an Ankunftsorten so komplex, dass sie ein gemeinsames Vorgehen von Expert*innen aus Verwaltung, örtlichen Einrichtungen und Projekten sowie Bewohner*innen erfordern. Idealerweise sind an einer Zusammenarbeit Bewohner*innen beteiligt, die sich nach ethnischer und sozialer Herkunft, nach Alter, geistig-seelischer und körperlicher Verfassung, nach Vorlieben und Weltanschauungen, entsprechend der Zusammensetzung der Bewohnerschaft, unterscheiden.

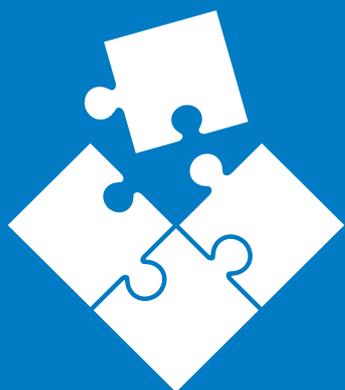
Wichtig ist, das Quartier „als Ganzes“ in den Blick zu nehmen und gemeinsam und auf Augenhöhe zu überlegen, was getan werden muss, damit sich die Lebensbedingungen und der soziale Zusammenhalt in dem Gebiet gut entwickeln.

Dabei sind besonders die Handlungsfelder wichtig, die alle Bewohner*innen betreffen, wie Wohnen, Arbeiten, Bildung und der öffentliche Raum:

- Gibt es genügend bezahlbaren Wohnraum für alle?
- Gibt es ausreichende Plätze in den Kindergärten?
- Sind die Grundschulen auf die vielen unterschiedlichen Kinder vorbereitet?
- Gibt es Plätze und Parks, wo sich die Bewohner*innen erholen können?

- Gelingt es im Quartier Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen?
- Gibt es Orte, an denen sich die Menschen treffen und miteinander ins Gespräch kommen können?
- Und was tut man, wenn es Streit gibt?

Diese Fragestellungen und die sich daraus ergebenden Aufgaben können nur gelöst werden, wenn alle Beteiligten zusammenarbeiten. Diesen Prozess, gemeinsam an einer Strategie für das jeweilige Ankunftsgebiet zu arbeiten und diese umzusetzen, bezeichnet man als „integrierte, kooperative und partizipative Quartiersentwicklung“.



Kooperation zur Stärkung von Ankunftsorten

Heute ist die Einsicht verbreitet, dass viele Vorhaben nur gemeinsam mit Partner*innen gut zu verwirklichen sind. In den Stadtteilen wie in der Verwaltung findet Zusammenarbeit meistens in konkreten, für die Beteiligten leicht greifbaren Bezügen statt:

- aus bestimmten Anlässen, zeitlich begrenzt und oft Tätigkeitsfelder übergreifend (ein Spielplatz wird erneuert; ein Stadtteilfest wird vorbereitet), oder
- für einen längeren Zeitraum innerhalb eines Tätigkeitsfeldes (meist in Form von Arbeitskreisen und Ähnlichem: AK Soziale Einrichtungen; Planungsgruppe in der Bauverwaltung).

Die Ansprüche der jeweiligen Partner*innen an ihre Kooperation reichen von Informationsaustausch über praktische Absprachen bis hin zu gemeinsamer

Beratung und Initiative – je nach gesetztem Ziel und verfügbarer Zeit. Die verschiedenen Kooperationskreise sind meist wenig miteinander verknüpft. Für einen Großteil der Aufgaben, die sich in den Stadtteilen stellen, reichen diese üblichen Formen der Zusammenarbeit aus.

Der umfassende Handlungsbedarf in Stadtteilen mit hohem Anteil einkommensarmer Bewohner*innen, die oft auch Ankunftsorte sind, erfordert mehr und umfassendere Kooperationen. Die meist schon vorhandene Zusammenarbeit im Stadtteil und in der Verwaltung muss mit den Beteiligten und mit neuen Partner*innen weiterentwickelt werden. Die Weiterentwicklung zu einem Kooperationsnetzwerk beinhaltet idealerweise

- eine auf Dauer angelegte, die Tätigkeitsfelder übergreifende Zusammenarbeit im Stadtteil und in der Verwaltung mit Blick auf den ganzen Stadtteil und den Handlungsbedarf in vielfacher Hinsicht,
- eine (stärkere) Verknüpfung der Ebenen „Stadtteil“ und „Verwaltung“,
- die Einbeziehung von Bewohner*innen und Vertreter*innen örtlicher Organisationen,
- eine Verknüpfung des Netzwerkes mit der Politik (wo selbstverständlich weiterhin demokratisch legitimierte Vertreter*innen über Maßnahmen der Verwaltung entscheiden) und
- die Bereitstellung der für die Koordination der Zusammenarbeit notwendigen Arbeitskraft und die Schaffung einer geeigneten Organisationsstruktur.

Für die Koordination im Stadtteil wie auch in der Verwaltung braucht es jeweils einen „Kümmerer“. Für die übergreifende Zusammenarbeit braucht es darüber hinaus einen „harten Kern“ regelmäßig und längerfristig Beteiligter, um Kontinuität in der Zusammenarbeit trotz des immer vorkommenden Wechsels bei Personal und Zuständigkeiten zu erreichen. Schließlich braucht es verbindliche Strukturen für die Zusammenarbeit (zum Beispiel Stadtteilforen und Ämter übergreifende Projektgruppen, in die jeweils auch die Kümmerer beider Seiten, aus Verwaltung und Stadtteil, einbezogen werden). All das lässt sich nur begrenzt alleine auf der Arbeitsebene bereit- und herstellen. Nicht zuletzt deshalb braucht es auch den Rückhalt bei den Entscheider*innen in der Verwaltung wie auch in den Partnerorganisationen.

Die Weiterentwicklung der vorhandenen Kooperationen zu einem Kooperationsnetzwerk gelingt selten als „großer Wurf“, sondern eher Schritt für Schritt entweder ausgehend „von unten“ (Stadtteil), oder „von oben“ (Verwaltung und Politik). Den Anfang machen meist wenige Menschen, die schon Zusammenarbeit praktizieren und die eine Notwendigkeit sehen, die Zusammenarbeit auszuweiten. Um pragmatisch vorzugehen, werden konkrete Anlässe und gemeinsame Aktivitäten auch als Mittel zum Zweck einer Netzwerkentwicklung genutzt. So entstehen auch Beispiele, die den praktischen Nutzen erweiterter Kooperation veranschaulichen und helfen, neue Partner*innen zu gewinnen.

Die Entwicklung eines Kooperationsnetzwerkes muss auch als gemeinsamer Lernprozess gesehen und gestaltet werden. In dem Netzwerk kommen Menschen mit ganz unterschiedlichen kulturellen, lebensweltlichen und beruflichen Hintergründen und mit verschiedenen Interessen zusammen. Um als Partner*innen gut zusammenarbeiten zu können, müssen die Personen sich bekannt machen, Verständnis und Wertschätzung füreinander und schließlich Vertrauen entwickeln. Im Idealfall entsteht durch das gemeinsame Erleben einer fruchtbaren und fairen Zusammenarbeit eine „Kultur der Kooperation“, in der es naheliegt, über Tellerränder zu schauen und zu kooperieren und dabei das gemeinsam Machbare in den Blick zu nehmen.

Aber noch einmal: Ein Kooperationsnetzwerk zur Stärkung von Ankunftsorten entsteht nicht mit einem Schlag, sondern in Schritten. Entscheidend ist, dass jemand den ersten Schritt geht und dann mehr und mehr Partner*innen mitgehen.

Ausgangslage

In Saarbrücken gibt es bereits seit vielen Jahren gute Erfahrungen mit Ansätzen zur integrierten Stadtteil- und Quartiersentwicklung, insbesondere in den Programmbereichen der Sozialen Stadt. Seit 2010 führt die Landeshauptstadt Saarbrücken aber auch für Stadtteile und Quartiere, die nicht von Seiten des Landes, des Bundes oder der EU gefördert werden, integrierte, partizipative und kooperative Entwicklungsprozesse durch, zum Beispiel für die Folsterhöhe und die Rußhütte.

→ Beispiel: **Rußhütte**

2015 hat die Stadtverwaltung zwei Workshops zur Quartiersentwicklung auf der Rußhütte durchgeführt. Vordergründiger Anlass war die verstärkte Zuwanderung, insbesondere von Familien aus Südosteuropa. Vorbereitet wurden die Workshops von der Entwicklungsplanung gemeinsam mit einigen engagierten Bewohner*innen. Beide Workshops wurden extern moderiert. An beiden Workshops beteiligten sich jeweils gut 50 Personen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft. Akteure und Bewohner*innen konnten in den Workshops ihre Vorstellungen, Ideen und Wünsche zur Entwicklung des Wohngebietes einbringen. Sie beschrieben, was auf der Rußhütte gut läuft, was sich ändern sollte und was Bewohnerschaft sowie die verschiedenen Organisationen vor Ort zu gewünschten Veränderungen beitragen können. Die Verwaltung sammelte diese Ideen, wertete sie aus und überprüfte, wo Handlungsmöglichkeiten der Stadt liegen und wo die lokalen Akteure vor Ort aktiv werden könnten. Außerdem übergab die Verwaltung eine Liste mit städtischen Ansprechpartner*innen. Als Konsequenz aus den Workshops hat sich „WIR – Wirksame Interessenvertretung Rußhütte“ entwickelt, in der sich lokale Akteure und engagierte Bewohner*innen zusammengeschlossen haben. Ein alljährliches Stadtteilstfest, Aufwertungen von Freiflächen, Verbesserungen der Verkehrssicherheit von Kita- und Schulkindern und die Mediation nachbarschaftlicher, interkultureller Konflikte gehen auf das bis heute andauernde Engagement von WIR, oft in Partnerschaft mit der Stadtverwaltung, zurück.

In den letzten Jahren haben sich in Saarbrücken verschiedene Arbeits- und Organisationsstrukturen sowie Instrumente für die integrierte Quartiersentwicklung entwickelt. Dazu gehören:

Stadtverwaltung

Auf der Ebene der Stadtverwaltung gibt es einerseits Strukturen und Instrumente, die die integrierte Stadt(teil-)entwicklung als gesamtstädtische Aufgabe bearbeiten sowie Strukturen, die für die Arbeit in den einzelnen Stadtgebieten verantwortlich sind. Auf der Ebene der Gesamtstadt sind dies:

- **Entwicklungsteam:** Im Entwicklungsteam (E-Team) sind alle Dezernate vertreten. Hier werden monatlich Themen der Stadtentwicklung und Stadtteilentwicklung beraten.
- **Gesamtplanungskonferenz (GPK):** Die Mitglieder des E-Teams diskutieren etwa alle zwei Jahre auf der Gesamtplanungskonferenz (GPK) die Entwicklung der einzelnen Quartiere anhand statistischer Daten und qualitativer Beobachtungen. Auf dieser Grundlage erarbeitet die GPK eine Empfehlung für die Verwaltungsspitze, in welchen Gebieten die Stadtverwaltung Quartiersentwicklungsprozesse weiterführen bzw. initiieren sollte. Die Ergebnisse der Gesamtplanungskonferenz werden dem Regionalverband (insbesondere Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt) vorgestellt. In der Gesamtplanungskonferenz sind alle „planenden Ämter“ vertreten: Stadtplanungsamt, Amt für Stadtgrün und Friedhöfe, Zuwanderungs- und Integrationsbüro, Amt für Wirtschaftsförderung, Frauenbüro, Kämmerei, Amt für Klima- und Umweltschutz, Amt für Kinder und Bildung, Amt für soziale Angelegenheiten und das Sport- und Bäderamt. Die Entwicklungsplanung koordiniert die Gesamtplanungskonferenz.
- **Stadtteilindikatoren und Monitoring Soziale Stadtentwicklung:** Zurzeit arbeitet die Stadt an der Implementierung eines „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“. Das Monitoring ist eine Weiterentwicklung des bestehenden indikatorenbasierten Stadtteil- und Quartiersmonitorings und dient der kontinuierlichen Beobachtung der sozialen Entwicklung auf kleinräumiger Ebene in der Landeshauptstadt Saarbrücken. Ziel des Monitorings ist eine Hinweis- und Frühwarnfunktion zu sozialräumlichen Entwicklungen.

Quartier

Für die Durchführung konkreter Quartiersentwicklungsprozesse und für die Entwicklungsprozesse in Ankunftsgebieten haben sich die folgenden Strukturen etabliert:

- Für die Erarbeitung eines integrierten Entwicklungskonzepts ist die Bildung einer ämterübergreifenden Projektgruppe, an der auch verwaltungsexterne Expert*innen beteiligt sein können, vorgesehen.
- In der Umsetzungsphase eines Entwicklungskonzepts sollen sich die beteiligten Ämter jährlich im Koordinierungskreis über die anstehenden Maßnahmen austauschen und die Stadtteilkonferenz vorbereiten.
- Auf der Stadtteilkonferenz werden die Maßnahmen vorgestellt (Was wurde umgesetzt? Welche Maßnahmen sind geplant? Wo gibt bzw. gab es Probleme und warum?) und mit den Bewohner*innen diskutiert.
- Für die Stärkung von Ankunftsorten ist in Saarbrücken die Gemeinwesenarbeit ein besonders wichtiger Partner der Stadtverwaltung⁴.

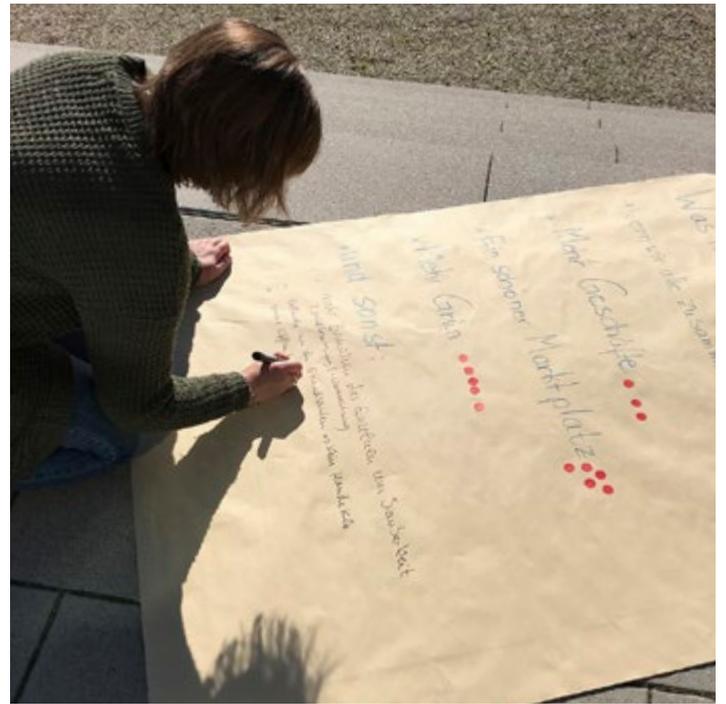


Beispiel: Malstatt

Im Ankunftsstadtteil Malstatt, einem Programmgebiet der Sozialen Stadt, haben sich die folgenden Strukturen etabliert: In der Lenkungsrunde „Stadtteilentwicklung Malstatt“ werden regelmäßig alle Maßnahmen besprochen. In der Lenkungsrunde sind vertreten: Amt für Kinder und Bildung, Zuwanderungs- und Integrationsbüro, Stadtplanungsamt, Amt für Stadtgrün, Amt für soziale Angelegenheiten, die beiden örtlichen Gemeinwesenprojekte, das lokale Integrationsmanagement, das Projekt „Malstatt Scouts“ (BiWAQ), die evangelische und katholische Kirchengemeinde, der Stadtteilverein und das Projekt „Verbraucher stärken im Quartier“. Koordiniert wird die Lenkungsrunde vom Quartiersmanagement.

In Malstatt finden regelmäßig Stadtteilkonferenzen statt. Diese werden gemeinsam von der Lenkungsgruppe vorbereitet. Besonders bewährt hat sich das Quartiersmanagement in Malstatt, das sowohl für die Vernetzung und die Zusammenarbeit im Quartier als auch für die Vermittlung zwischen Quartier und Verwaltung verantwortlich ist. Seit 2019 werden in Malstatt neue Erfahrungen mit einem lokalen Integrationsmanagement gesammelt.

⁴ Die acht Gemeinwesenprojekte, die in allen Saarbrücker Ankunftsgebieten vertreten sind, haben sich zu einer wichtigen Anlaufstelle für Migrant*innen und zum Motor für die Verständigung über das Zusammenleben im Stadtteil entwickelt.



Stärkung von Ankunftsgebieten als Daueraufgabe

In den Workshops „Unterstützung von Ankunftsarten“ und „Ankunftsarten KOOPERATIV stärken“ im Projekt „PatchWorkCity“ haben wir Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Weiterentwicklung der Saarbrücker Ansätze zur Quartiersentwicklung diskutiert.

Fazit war, dass die Stärkung von Ankunftsgebieten eine Daueraufgabe darstellt, die sowohl in der Verwaltung als auch in den jeweiligen Quartieren adäquate Arbeits- und Organisationsstrukturen braucht:

- Die für Malstatt beschriebenen Strukturen und Instrumente, insbesondere das Quartiersmanagement, sind eine wichtige Ressource für die integrierte Entwicklung und damit für die Stärkung von Ankunftsarten. Daher sollten sie auch in den Gebieten eingerichtet und verstetigt werden, in denen es (noch) keine externe Förderung gibt.
- Auch innerhalb der Verwaltung gilt es die Ämter personell zu stärken, die in den Projektgruppen zur integrierten Quartiersentwicklungsprozessen mitarbeiten, fachliche Beiträge liefern, diese mit den anderen Ressorts abstimmen und sich an den Beteiligungsprozessen im Quartier beteiligen.
- Zusätzlich braucht es eine Stelle, die über ausreichende Ressourcen verfügt, um die ressortübergreifende Verständigung innerhalb der Stadtverwaltung sicherzustellen.

Kooperative, partizipative und integrierte Quartiersentwicklungsprozesse erfordern neben den personellen auch finanzielle Ressourcen. Für die Erarbeitung integrierter Entwicklungskonzepte und vor allem für die Durchführung von Maßnahmen und Projekten benötigen insbesondere Haushaltsnotlagekommunen finanzielle Unterstützung von Bund und Land. Diese sollten nicht in Form zeitlich befristeter Förderprogramme erfolgen, da diese dem Anspruch einer kontinuierlichen und dauerhaften Unterstützung benachteiligter Quartiere nicht gerecht werden. Vielmehr sind Bund und Land gefordert, den Kommunen insgesamt mehr Haushaltsmittel für eine integrierte Entwicklung benachteiligter Quartiere zur Verfügung zu stellen.

Zersplitterung von Kompetenzen überwinden

In Saarbrücken kommt erschwerend hinzu, dass die Landeshauptstadt für wichtige Handlungsfelder der Stadtteil- und Quartiersentwicklung nicht zuständig ist: Jugendamt, Sozialamt und Gesundheitsamt sind beim Regionalverband Saarbrücken angesiedelt. Auch wenn sich alle Beteiligten bemühen, leidet die ressortübergreifende Zusammenarbeit unter der Zersplitterung der Zuständigkeiten.



STEUERUNG VOR ORT: LOKALES INTEGRATIONSMANAGEMENT UND ANLAUFSTELLE IM STADTTTEIL

Die Fragen von Migration und Zusammenleben in Vielfalt, von Chancengerechtigkeit und sozialem Zusammenhalt berühren viele Institutionen, Personen und Arbeitsfelder in einem Stadtteil. Viele Ebenen müssen miteinander in Kontakt gebracht werden, es geht darum, Aufgaben und Prozesse zu koordinieren und zu steuern, und es geht darum, sichtbare Anlaufstellen für die Menschen vor Ort zu haben.

a. Lokales Integrationsmanagement

Im Projekt PatchWorkCity hat sich die Stadtverwaltung gemeinsam mit zentralen Partner*innen von öffentlichen und freien Trägern bei einem Workshop mit der Frage

nach geeigneten Formen kommunalen Integrationsmanagements beschäftigt⁵. Wie andere Kommunen auch, steht Saarbrücken angesichts einer superdiversen Gesellschaft und der Gleichzeitigkeit von neuer und alter Migration vor Herausforderungen, die auch Steuerung, Arbeitsformen und Organisationslösungen betreffen.

⁵ Workshop „Kommunales Integrationsmanagement“ mit Claudia Walther, Bertelsmann Stiftung, am 13. November 2017. Bezugspunkt war der gleichnamige Bericht der Bertelsmann Stiftung und der Robert Bosch Stiftung (Teil 1: Managementansätze und strategische Konzeptionierung; Teil 2: Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren gestalten)

Die diskutierten Steuerungsmodelle betrafen zunächst die Gesamtkommune und die Steuerungsaufgabe etwa der Integrationsbeauftragten oder der Fachämter für Integration im Verhältnis zu anderen Behörden und zur Zivilgesellschaft; sie sollen hier nicht weiter betrachtet werden. Festzuhalten ist, dass die Lösungen so unterschiedlich wie die Kommunen selbst sind und von vielen Faktoren abhängen.

Bei größeren Ankunftsstadtteilen ist eine Steuerung auf lokaler Ebene sinnvoll oder sogar unverzichtbar. Was aber soll gesteuert werden? Diese Frage stellt sich zu Recht, denn je mehr man zu der Erkenntnis kommt, dass eine gut aufgestellte, integrierte Quartiersentwicklung der Dreh- und Angelpunkt für eine ganzheitliche Entwicklung eines (Ankunfts-)Stadtteils ist, desto schmaler wird das Portfolio eines dezidierten Integrationsmanagements. Hinzu kommt, dass das Verständnis von Integration zunehmend – und aus guten Gründen – zu einem umfassenden Inklusionsansatz hingeht: also die gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gesellschaft, unabhängig von Alter, Geschlecht, Ausbildung, Herkunft, Behinderung, Einkommen oder sonstigen Unterscheidungsmerkmalen. Die Frage, wie berechtigt das Label „Integration“ auf vielen Maßnahmen und Projekten noch ist, und wie viel es womöglich sogar zur Stigmatisierung von Menschen beiträgt, muss zunehmend gestellt werden.

Unter diesen Gesichtspunkten erscheint es sinnvoll, dass sich die in Ankunftsstadtteilen in der Regel bereits bestehenden Netzwerke ergebnisoffen über die Fragen verständigen:

- Sind unsere Steuerungsstrukturen und Instrumente (Arbeitskreise, Lenkungsgruppen, Quartiersmanagement etc.) so aufgestellt, dass sie die gleichberechtigte Teilhabe aller im Blick haben?
- Gibt es eine Stelle, die im Blick hat, ob die bestehenden Angebote auch Zugewanderte erreichen und ob spezifische Angebote fehlen? Wer könnte diese Stelle sein?
- Gibt es Themen, die spezifisches Knowhow erfordern und einen trägerübergreifenden Zugang erfordern: etwa besondere Problemlagen bei bestimmten

Personengruppen (z. B. besonders benachteiligte EU-Zuwanderer und ihre Familien; migrationsrechtliches Spezialwissen etc.)? Wer hat das im Blick?

• Sind Migrant*innen und ihre Interessen repräsentiert in den Steuerungsstrukturen?

→ Praxisbeispiel: **Coaching „Zusammenleben in Vielfalt“**

Im Rahmen von „PatchWorkCity“ hat das Adolf-Bender-Zentrum im Auftrag der Landeshauptstadt drei zweitägige Coachings in Burbach durchgeführt. Ausgehend vom „Arbeitskreis soziale Einrichtungen“ haben Kitas, Beratungsstellen und Gemeinwesenarbeit daran teilgenommen. Ausgangspunkt der Überlegung war, dass es nicht nur darum gehen kann, persönliche interkulturelle Kompetenz oder Diversitätssensibilität zu entwickeln, sondern dass der Umgang mit Vielfalt auch interne und trägerübergreifende Organisationsprozesse und eine Überprüfung der Kooperationslinien im Stadtteil braucht.

Das Coaching hat sich als Instrument sehr gut bewährt. Es hat dazu beigetragen, dass sich die teilnehmenden Personen und Organisationen ihrer vorhandenen Stärken und Ressourcen bewusst werden und eigene Wege der Lösungsmöglichkeiten für die Herausforderungen entwickeln konnten.

→ Praxisbeispiel: **Lokales Integrationsmanagement Malstatt**

Im Saarbrücker Stadtteil Malstatt wird eine inklusive Bildungswerkstatt gebaut (geplante Inbetriebnahme: 2023/2024). Ihr Konzept und die Bauplanung werden in einem groß angelegten Beteiligungsverfahren entwickelt. Aus dem Bundesprogramm „Investitionspakt für die Soziale Integration im Quartier“ konnte die Stelle einer Lokalen Integrationsmanagerin finanziert werden (Trägerschaft: AWO). Die Stadtverwaltung hat sich dafür entschieden, ihren Arbeitsauftrag an der Schnittstelle „Bildung und Integration“ anzusetzen. Konkret heißt das: Sie begleitet das Akteursnetzwerk bei der Entwicklung der Bildungswerkstatt, bei der Beratung der Bildungseinrichtungen in Fragen von Migrationspädagogik und Sprachbildung, beim Aufbau von Kontakten zu Eltern und Nachbarschaft, der Entwicklung von Modellen zur Elternarbeit unter den Bedingungen der Einwanderung, der Vernetzung mit Beratungsdiensten sowie weiteren Institutionen und Bildungsangeboten im Stadtteil und darüber hinaus. Die Integrationsmanagerin arbeitet eng mit der Quartiersmanagerin zusammen, die ihrerseits u. a. den Auftrag hat, die Interessen und Teilhabe von Zugewanderten in der allgemeinen Quartiersentwicklung zu gewährleisten.

Je nach Ergebnis wird sich die Frage stellen, ob ein spezifisches lokales Integrationsmanagement erforderlich ist, welchen konkreten Auftrag es haben soll und ob dafür Ressourcen bereitgestellt werden können. Zu beachten ist: Der Begriff Integrationsmanagement wird unterschiedlich gebraucht. In manchen Strukturen und Programmen wird er synonym zu Migrationsberatung, Integrationslotsen o. ä., also bezogen auf die Einzelfallberatung, verwendet. In anderen Kontexten bezeichnet er – wie hier – einen strukturellen oder sozialräumlichen Managementansatz (vgl. etwa das Bundesprogramm „Investitionspakt für die Soziale Integration im Quartier“).



Workshop „Plane deine Stadt“ mit GWA und Migrantenorganisationen auf der Folsterhöhe

b. Anlaufstelle im Stadtteil

Ein weiteres Strukturelement einer guten „Steuerung vor Ort“ kann eine Anlaufstelle sowohl für Fachkräfte im Stadtteil (Berater*innen, Sozialarbeiter*innen, Pädagog*innen etc.) als auch für die Bewohner*innen sein. Diese Anlaufstelle sollte über eine umfassende Ortskenntnis verfügen, also regelmäßig aktuelle Informationen über die vor Ort tätigen Projekte und Einrichtungen, aber auch über die zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Akteure einholen und aufbereiten. Sie muss sichtbar und unmittelbar ansprechbar sein, selbst beraten und – bei speziellen Fragestellungen – Verweisberatung leisten.

Beispiele für örtliche Anlaufstellen, die den hohen Anspruch einer Allzuständigkeit und einer umfassenden Ortskenntnis tendenziell einlösen, sind in Saarbrücken die Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, insbesondere deren Sozialberatungsstellen.

→ Praxisbeispiel: **Gemeinwesenarbeit macht sich fit für Vielfalt**

In Saarbrücken kommt der Gemeinwesenarbeit traditionell eine wichtige Rolle zu. An acht Standorten wird Gemeinwesenarbeit durchgeführt. Gerade wegen ihrer niedrigschwelligen Erreichbarkeit und ihres breit angelegten Auftrags in den Stadtteil hinein ist sie prädestiniert, Brücken zu bauen zwischen alteingesessener und zugewandter Bevölkerung. Damit die Gemeinwesenarbeit ihre Kompetenzen in der Migrationsarbeit weiterentwickeln und zusätzliche Instrumente (etwa Sprachmittlung) einsetzen kann, erhält sie aus dem Haushalt der Stadt zusätzliche Honorar- und Sachmittel über eine neue Förderrichtlinie.

So sehr eine solche Struktur mit lokalem Integrationsmanagement und Anlaufstelle im Stadtteil einleuchten mag, so sehr bleibt die Frage offen, ob und wie diese idealtypische Lösung erreicht werden kann. Ist die Kommune bereit und in der Lage, außerhalb drittmittelfinanzierter Projekte ein lokales Integrationsmanagement in einem oder mehreren Stadtteilen zu finanzieren? Gelingt eine Verständigung auf eine Anlaufstelle unter den bestehenden Einrichtungen, ohne dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden? Inwiefern könnten Modelle wie „Ressourcenhäuser“ (houses of resources) zur Unterstützung von Zivilgesellschaft – etwa Migrantenorganisationen – auf Stadtteilebene hilfreich sein?

HANDLUNGSFELDER ZUR STÄRKUNG VON ANKUNFTSGEBIETEN

Aus unserer Sicht sind vier Handlungsfelder für die Stärkung von Ankunftsgebieten zentral:

- **Bildung:** Dabei geht es insbesondere um die Stärkung von Schulstandorten durch Aus-, Um- und Neubau und ergänzende Maßnahmen⁶, um die Weiterentwicklung von Sprachbildungskonzepten und pädagogischen Konzepten vor dem Hintergrund von Vielfalt und Inklusion, um die Ergänzung des Integrationskursangebots durch quartiersbezogene, niedrigschwellige Deutschkurse sowie Angebote, die die Aufnahme von Erwerbsarbeit erleichtern⁷.

- **Erwerbsarbeit und Lokale Ökonomie:** Niedrigschwellige Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten werden mit Maßnahmen der Stadtteilentwicklung verknüpft. Im Rahmen der Quartiersentwicklung werden Existenzgründer*innen und Laden-

besitzer*innen kontaktiert; bei akuten Problemen, etwa in der Nachbarschaft, werden sie unterstützt. Dafür werden insbesondere Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und Programme wie BIWAQ eingesetzt.

- **Wohnen:** Die Bemühungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle werden verstärkt. Problemimmobilien werden identifiziert und beobachtet; gegebenenfalls wird interveniert. Bei der Entwicklung von Wohngebieten für „Aufsteigerwohnen“ werden Migrant*innen als Käufergruppe stärker in den Blick genommen.

- **Öffentlicher Raum:** Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums werden die vielfältigen Bedürfnisse in Betracht gezogen und abgewogen. Um Interessen- und Nutzungskonflikte angemessen bearbeiten zu können, werden die Kompetenzen im Umgang

mit Konflikten bei Stadt und Stadtteilakteuren gestärkt. Die Stadt und ihre Partner bespielen den öffentlichen Raum mit Veranstaltungen, die die Bevölkerung in ihrer Vielfalt ansprechen und einbeziehen⁸.

Für die Handlungsfelder Bildung, Lokale Ökonomie und öffentlicher Raum beschreiben wir Maßnahmen, die wir im Projekt PatchWorkCity, aber auch im Kontext anderer Projekte entwickelt haben und die sich zur Stärkung von Ankunftsgebieten bewährt haben.

⁶ in Saarbrücken z.B. das Projekt „Bildungswerkstatt“

⁷ Beispielsweise „EULE-Nest“ (im Rahmen des EHAP-Projekts EULE.pro von AWO, Diakonie und Stadt und sonstige Brückenangebote zur Kinderbetreuung)

⁸ Ein Beispiel aus Saarbrücken ist der jährlich stattfindende Orientalische Markt in Burbach, www.saarbruecken.de/orientmarkt



Beispiel Bildung:

INKLUSIVE BILDUNGSWERKSTATT

Ausgangslage

Die „Grüne Insel Kirchberg“ in Malstatt ist ein Bildungsstandort mit zwei Grundschulen, zwei Kitas, zwei Kirchen, einem gemeinschaftlich weiterentwickelten Freiraum und verschiedenen sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen in ihrem unmittelbaren Umfeld. Der Anteil der Schüler*innen und weiteren Nutzer*innen mit Migrationshintergrund liegt bei bis zu 90 Prozent.

Analyse

Die pädagogischen Herausforderungen stellen sich für alle Einrichtungen vor Ort gleichermaßen. Um ihre Arbeit weiterzuentwickeln und um neue, zusätzliche Bildungsangebote für alle Altersgruppen zu schaffen, brauchen sie einen Ort, von dem neue Impulse ausgehen und der zu neuen, positiven Bildungserfahrungen einlädt.



Strategien

Als Quartiersbildungszentrum soll die Bildungswerkstatt die Schulen, Kitas und sozialen Einrichtungen im Unteren Malstatt bei der Bildungsarbeit unterstützen. Seit 2018 haben Vertreter*innen von Behörden, Schulen, Kitas, sozialen Einrichtungen und Vereinen in Workshops und bei einem Planspiel erste Ideen für das Raumkonzept entwickelt. Während der Phase der Bauplanung erfolgen bis 2021 weitere Beteiligungsschritte, um partnerschaftlich das pädagogische Konzept und das Betriebskonzept der Bildungswerkstatt zu entwickeln.

Ressourcen

Die größte Ressource – neben Geld – ist das starke Partnernetzwerk, das das Projekt entwickelt und trägt. Die Stadtverwaltung ist mit mehreren Ämtern darin ebenso vertreten wie die Bildungseinrichtungen und sozialen Einrichtungen im Stadtteil, das Lokale Integrationsmanagement und das Quartiersmanagement. Das Projekt wird finanziert mit zwei Millionen Euro aus der Städtebauförderung des Bundes in den Programmen Soziale Stadt und Investitionspakt für die Soziale Integration im Quartier. Eine Million Euro kommen aus dem städtischen Haushalt. Das Integrationsmanagement wird finanziert aus dem Investitionspakt für die Soziale Integration im Quartier.

Erfolge

Schon während der Entwicklungsphase zeigt sich der Mehrwert des kooperativen Vorgehens: Es entsteht das Gefühl einer gemeinsamen Verantwortung für das Projekt, das Konzept und das künftige Gebäude. Deshalb beschäftigen sich die Projektmitwirkenden auch mit der Frage, ob nicht sogar der künftige Betrieb als „Gemeingut“ denkbar ist. Es entstehen neue Kooperationslinien, und in Gesprächen mit dem Bildungsministerium wurde deutlich, dass die bildungspolitischen Strategien des Landes in Bezug auf Ankunftsstadtteile anschlussfähig sind an die Strategie der Kommune beim Projekt Bildungswerkstatt.



Beispiel Lokale Ökonomie:

STÄRKUNG DER GESCHÄFTS- STRASSE BREITE STRASSE

Ausgangslage

Die Geschäftsstraße im Unteren Malstatt hat ihr Gesicht innerhalb weniger Jahre stark verändert: Alteingesessene Geschäfte verschwinden, neue, vielfach auf die Versorgung der migrantischen Bevölkerung ausgerichtete Läden und Gastronomiebetriebe, meist Schnellrestaurants, eröffnen neu. Die Fluktuation ist hoch. Kund*innen parken in der zweiten Reihe oder in Bushaldebuchten, Anwohner*innen beklagen Lärm und Müll. Kurzfristige Kontrollen durch Ordnungsamt und Polizei bringen keine dauerhaften Lösungen. Es gibt einige problematische Immobilien, insbesondere in den Nebenstraßen, und das Konfliktpotenzial steigt. Zugleich zeigt sich das Untere Malstatt dynamisch und quirlig, unter den Läden gibt es einige Schätze zu entdecken, und mit der „BREITE63“ gibt es ein attraktives soziokulturelles Zentrum. Im Umfeld der Breite Straße haben sich außerdem zahlreiche soziale Einrichtungen angesiedelt.

Analyse

Die Situation spiegelt die Veränderung wieder, die der Stadtteil als Ankunftsgebiet durchläuft. Die Fluktuation, die migrationssensiblen „Opportunitäten“ – also Anbieter von Waren und Leistungen, die insbesondere Neuhinzugezogene aus anderen Ländern benötigen – und Arbeitsplätze, der insgesamt steigende Anteil von Migrant*innen, darunter vielen Geflüchteten und EU-Zuwanderern, an der Bevölkerung sowie der relativ geringe Lebensstandard sind Kennzeichen dieser Entwicklung. Sie birgt Risiken und Chancen: Das Leben im Quartier ist stressiger, die Bevölkerung ist aber auch jünger und dynamischer geworden; während in anderen Geschäftsstraßen Leerstand herrscht, ist in der Breite Straße kein Ladenlokal mehr frei. Die Breite Straße braucht jedoch Unterstützung: beim Zusammenleben der Bewohner*innen, bei der Stabilisierung der Geschäftsgründer*innen, bei der Entwicklung von Gemeinsinn und der Übernahme von Verantwortung im Quartier.

Strategien

Zunächst gab es keine abgestimmte Strategie. Ordnungs- und sozialpolitische Maßnahmen erfolgten unkoordiniert und standen in Konkurrenz zueinander. Die Signale gegenüber den Geschäftsinhaber*innen und Anwohner*innen waren widersprüchlich und wenig wertschätzend. Sie wurden in erster Linie als Störfaktoren und nicht als Ressourcen für den Stadtteil gesehen. Als hilfreich hat sich erwiesen, dass Malstatt in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen worden war. Dadurch waren bereits ein Quartiersmanagement aufgebaut und neue finanzielle Ressourcen gesichert worden. Die Analyse der Situation in der Breite Straße hat dazu geführt, dass ein Projektantrag im Programm BIWAQ auch einen Baustein „Gewerbeentwicklung“ enthält. Das bewilligte Projekt „Malstatt Scouts“ beinhaltet nun auch eine Kontaktstelle mit einem arabischsprachigen Mitarbeiter, der die Geschäftsleute berät und unterstützt. Das Quartiersmanagement koordiniert die Aktivitäten. Ein Arbeitskreis unter Federführung des Bürgermeisters arbeitete systematisch an der Verbesserung der Situation, was Verkehrssituation, Parken, Müll und Kommunikation betrifft. Weitere Projekte, insbesondere zur Unterstützung von Existenzgründer*innen, haben daran angedockt.

Ressourcen

- Quartiersmanagement
- Lenkungsreis „Soziale Stadt Malstatt“
- Projekt Malstatt Scouts – Baustein Gewerbeentwicklung
- Arbeitskreis Breite Straße (Federführung: Bürgermeister): Ordnungsamt, Quartiersmanagement, Stadtteilbüro, soziale Einrichtungen, kommunaler Entsorgungsbetrieb ZKE
- IQ-Gründungsbüro
- Existenzgründungsmentorin im Projekt „MIGRIS“ – Migrantinnen und Migranten gründen im Saarland
- Stadtteilbüro Malstatt
- Quartiersbüro der Verbraucherzentrale („Verbraucher stärken im Quartier“)
- Projekt EULE.pro (EU-Zuwanderer)

Erfolge

Im Arbeitskreis Breite Straße sind konkrete Schritte zwischen Ordnungsbehörden und sozialen Akteuren abgestimmt worden, unter anderem in Bezug auf die problematische Parksituation (z. B. Verlegung der Bushaltestelle) und auf die Missstände hinsichtlich Müll und Sauberkeit. Kleinere Projekte wie ein „kulinarischer Stadtteilrundgang“ und deutsche Beschriftungen in Schaufenstern und Regalen werten das Angebot der Geschäfte in der Öffentlichkeit auf. Das Regionalfernsehen hat eine Reportage über die neuen Geschäfte in der Breite Straße gedreht. Beschwerden deutscher Geschäftsleute über eine Bevorzugung neuer, migrantischer Geschäfte bieten die Gelegenheit, die alleingesessenen Unternehmen in die Aktivitäten einzubeziehen. Eine Reihe von Konflikten zwischen neuen Unternehmen und Behörden konnten dank der Vermittlung (sprachlich, kulturell, fachlich) des Gewerbeentwicklers von Malstatt Scouts gelöst werden. Zwei der neuen migrantischen Geschäfte sind erstmals mit Angeboten beim Stadtteilstfest vertreten. Das Fest war, ohne dass die deutschen Veranstalter dies wussten, von vielen der zugewanderten Bewohner*innen und Unternehmer*innen als exklusives Fest der christlichen Gemeinden aufgefasst und deshalb gemieden worden.



Beispiel öffentlicher Raum: **STREIT UMS GRÜNE**

Ausgangslage

Grünanlagen, wie etwa der „Staden“ in Saarbrücken St. Johann oder das Freizeitgelände an der Saar in Burbach, sind Flächen mit hoher Aufenthaltsqualität vor allem im Sommer. Sie werden traditionell intensiv genutzt. Die Nutzungsinteressen und das Nutzungsverhalten sind in einer diversen Gesellschaft unterschiedlich. Wo so viele Menschen mit unterschiedlichen Interessen aufeinander stoßen, gibt es nicht nur schöne Begegnungen, sondern auch Konflikte. Typische Beispiele sind Streit um das Grillen im Grünen, laute Musik oder Müll. Mitunter genügt aber auch schon das Gefühl, durch die Gegenwart von Anderen, Neuen von angestammten Orten verdrängt zu werden, damit eine ungute Stimmung entsteht.

Analyse

In Ankunftsgebieten sind die Mieten günstiger, aber oft haben die Wohnungen keinen Balkon und Garten. Außerdem leben im Durchschnitt mehr Menschen in einer Wohnung zusammen als in anderen Stadtgebieten. Wenn die Menschen sich erholen oder Freunde treffen wollen, sind sie deshalb auf den öffentlichen Raum in ihrer Nachbarschaft angewiesen. Für viele Kinder ist der öffentliche Raum häufig die einzige Möglichkeit sich zu bewegen, zu spielen und auch mal laut zu sein.



Strategien

Die Stadtverwaltung hat gute Erfahrungen gemacht, wenn es um kurzfristige Krisenintervention geht: etwa bei Konflikten im Zusammenhang mit EU-Zuwanderung oder rund um das so genannte „Frauenschwimmen“ in einem städtischen Schwimmbad oder im Zusammenleben mit neu zugezogenen Geflüchteten im Stadtteil. Dennoch stehen wir in Saarbrücken noch am Anfang, wenn es um systematische Konfliktprävention und Strategien zur Konfliktmoderation und -mediation im Stadtteil geht. Erste Schulungen im Herbst 2019 im Rahmen von Patch-WorkCity haben den Anfang gemacht, um Kompetenzen im Umgang mit Konflikten im Stadtteil aufzubauen. An diesem Thema soll auch nach Projektende weiter gearbeitet werden. Konflikte im und um den öffentlichen Raum sind derzeit (2019) in Saarbrücken latent und manchmal auch offen spürbar. Die Konkurrenzen etwa um die Nutzung von Grünflächen an der Saar oder in öffentlichen Parks nehmen zu. Es zeichnet sich ab, dass es eine neue Verständigung darüber geben muss, wie Lösungen angesichts unterschiedlicher Nutzungsinteressen ausgehandelt werden können.

Den Raum gemeinsam weiterentwickeln

Je vielfältiger die Stadtgesellschaft wird, desto sorgfältiger sollten öffentliche Räume geplant und weiterentwickelt werden. Dabei stehen folgende Fragen im Mittelpunkt der Planung: Welche kulturelle und soziale Bedeutung hat etwa ein zukünftiger Platz für die unterschiedlichen Nutzergruppen und deren Aktivitäten? Wie gelingt es den Platz so „robust“ zu gestalten, dass verschiedene Nutzungen möglich sind? Diese Fragen kann die Stadtverwaltung nicht alleine beantworten. Daher beteiligen die städtischen Planer*innen die Bewohner*innen an der Planung und Weiterentwicklung des öffentlichen Raumes mit verschiedenen Beteiligungsformen. Werden beispielsweise Spielplätze oder Schulhöfe neu gestaltet, bietet das Amt für Stadtgrün und Friedhöfe Workshops, Befragungen und sogar Mitmachbaustellen für Kinder und Jugendliche an.

Ressourcen

Es gibt eine Reihe von Akteuren, die bereit sind, in die (interkulturelle) Konfliktbearbeitung gemeinsam mit der Stadt einzusteigen. Die LAG Pro Ehrenamt hat mit ihrem Projekt „Streitschlichter“ im Netzwerk ANKOMMEN einen Anfang gemacht. Das Zuwanderungs- und Integrationsbüro wird sich mit dem Thema Konflikte systematischer beschäftigen. Es liegen Erfahrungen aus anderen Städten vor, aus denen gelernt werden kann. Als hilfreich hat sich der Austausch mit dem Planerladen Dortmund erwiesen, der mit seinen Projekten, insbesondere „KODIAQ – Konfliktvermittlung, Dialog und Aktivierung im Quartier“, viele praktische Erfahrungen sammeln konnte.



Beispiel Sozialer Zusammenhalt: **BEGEGNUNGSMÖGLICHKEITEN SCHAFFEN**

Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, ist es gerade in Ankunftsstadtteilen wichtig, Menschen, die sich im Alltag vielleicht nie bewusst begegnen würden, in Kontakt und ins Gespräch zu bringen, über ihr Leben im Stadtteil, über das, was sie voneinander trennt und was sie miteinander verbindet, über ihre Ängste und Hoffnungen für ein Miteinander.

Im Projekt PatchWorkCity haben wir in der stadtweiten Kampagne „PatchWorkCity. Zusammenleben in Vielfalt“ viele unterschiedliche Begegnungsformate ausprobiert, um Saarbrücker Bürger*innen zum Nachdenken über die Fragen des Zusammenlebens in Vielfalt anzuregen. Diese Formate eignen sich selbstverständlich auch für die Ebene des Stadtteils bzw. des Quartiers und sind in der Broschüre „Vielfalt ins Gespräch“ bringen“ ausführlich beschrieben. Wichtig ist, vielfältige Dialogformate einzusetzen, um möglichst viele unterschiedliche Menschen anzusprechen, insbesondere:

- Formate, in denen miteinander geredet wird
- Formate, in denen es darum geht, die Perspektive zu wechseln und
- Formate, in denen über Musik und Kunst die Sinne angeregt werden.

➔ Beispiel: „Traumfänger“ – Burbach zwischen gestern und heute

Einwander*innen haben mit dazu beigetragen, dass Burbach als Industriestandort einst erblüht ist. Heute ist die Vielfalt Kennzeichen einer Veränderung, die dem Stadtteil auch zu schaffen macht. Mit diesen Veränderungsprozesse gehen große Gefühle einher: Für manche Bewohner*innen stehen Verunsicherung, Trauer und Angst im Vordergrund, für andere sind es Hoffnung und Aufbruchsstimmung. Diese Gefühle zu benennen, sie aufzufangen und darüber miteinander ins Gespräch zu kommen, darum geht es beim Projekt Traumfänger: Von April bis August 2019 haben sich unterschiedliche Gruppen in Burbach jeweils für zwei Stunden mit der Künstlerin Annette Orlinki getroffen, um gemeinsam an einem Traumfänger zu arbeiten. Während der Herstellung des Traumfängers haben sich die Teilnehmer*innen über ihr Leben in Burbach und das Zusammenleben im Stadtteil ausgetauscht. Bei einem kleinen Event wurden die Traumfänger als Kunstinstitution am Marktdach in Burbach installiert.

Beispiel Zusammenleben:

KEINE ANGST VOR KONFLIKTEN

Wo so viele Menschen mit unterschiedlichen Interessen aufeinander stoßen, gibt es nicht nur schöne Begegnungen, sondern auch Konflikte. Daher sind in Ankunftsgebieten Kommunikations- und Aushandlungsprozesse besonders wichtig. Es werden Strategien zur Prävention und zur frühzeitigen Intervention im konkreten Fall gebraucht.

Dafür

- müssen die Akteure vor Ort sensibel für Stimmungen sein.
- müssen die Wege geklärt sein, wie mit „Alarmzeichen“ umgegangen wird: Wer weiß was und meldet es an wen? Und umgekehrt: Wenn eine Problemanzeige bei der Stadtverwaltung erfolgt – wie sind dann die Wege? Sind alle Akteure, die zur Konfliktlösung gebraucht werden, untereinander bekannt? Bestehen kooperative Konfliktlösungsroutinen, auf die zurückgegriffen werden kann?
- braucht es Präventions- und Deeskalationsstrategien, die idealerweise gemeinsam zwischen den Akteuren entwickelt werden.

Konflikte moderieren

Wenn es um Moderation bzw. Mediation geht, sollten die Fäden an einer Stelle zusammenlaufen. Es sind verschiedene Modelle der Organisation und Federführung bei Konfliktlösungsprozessen denkbar.

Entscheidend ist, dass sie im Quartier ausgehandelt und bekannt sind.

- Die Akteure vor Ort (Gemeinwesenarbeit, soziale Einrichtungen, Quartiersmanagement, Integrationsmanagement etc.) und die regelmäßig beteiligten Behörden (Ordnungsamt, kommunaler Entsorgungsbetrieb, Polizei, Amt für soziale Angelegenheiten, Jugendamt, Integrationsbeauftragte etc.) verständigen sich auf Abläufe und Strukturen zur Klärung von akuten Konflikten im

öffentlichen Raum.

- Sie verständigen sich darüber, in welcher Form Konfliktprävention erfolgen und der Austausch gewährleistet werden kann (z. B. gesonderter Runder Tisch oder Bearbeitung im Rahmen bestehender Netzwerke und Arbeitskreise).
- Wichtig ist, dass viele eingebunden sind und alle Konfliktparteien gehört werden.

➔ Beispiel: Krisenintervention in „Problemimmobilien“ und Aufbau nachhaltiger Strukturen

2014 haben sich gravierende Missstände in einer Straße gezeigt: überbelegte Wohnungen, Kindeswohlgefährdung, inakzeptable hygienische Zustände, drohende Stromsperren und vieles mehr. Ein Krisenstab unter Federführung des Bürgermeisters hat über mehrere Monate hinweg an der Verbesserung der Situation gearbeitet. Es fand eine Bewohnerversammlung und später eine Quartiersversammlung unter Beteiligung vieler Stadtämter, Beratungsstellen und der Gemeinwesenarbeit statt. Den Bewohner*innen wurden

individuelle Hilfen angeboten. Wo erforderlich, wurde mit ordnungspolizeilichen Maßnahmen interveniert und Jugend- und Gewaltschutz durchgesetzt. An den umliegenden Schulen wurden kleinere Unterstützungsprojekte installiert. Die Krisenintervention ist schließlich in die Entwicklung des Projekts EULE gemündet, über das 2016 ein mobiler Beratungsdienst durch AWO und Diakonie für EU-Zuwanderer aufgebaut werden konnte. Der Arbeitskreis EU-Zuwanderung bei der Stadtverwaltung beobachtet und begleitet die Situation in Bezug auf Problemimmobilien und Ausbeutungsstrukturen im Bereich der EU-Zuwanderung.



Die Dinge von allen Seiten betrachten

Manchmal ist die Situation klar: Menschen verhalten sich eindeutig ordnungswidrig, können klar identifiziert werden und müssen mit Sanktionen rechnen. Oft liegt der Fall aber komplizierter: weil die Verursacher*innen eines Problems nicht eindeutig ermittelt werden können; weil es kein „richtig“ oder

„falsch“ gibt, sondern gleichberechtigte, aber widerstreitende Interessen; weil die Beteiligten von der Problemlage selbst überfordert sind. Umso wichtiger ist es, eine genaue Problemanalyse vorzunehmen, die Lage aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten und nicht vorschnell Schuldzuweisungen vorzunehmen.

Respektvoll miteinander umgehen

Ein respektvoller Umgang miteinander, auch unter erhöhtem Konfliktdruck, muss möglich sein und darf eingefordert werden. Dies gilt für alle Beteiligten: Bewohner*innen, soziale Akteur*innen, Ordnungsbehörden. Interkulturelle Sensibilität ist heute eine selbstverständliche Anforderung an professionelles Handeln.

→ Beispiel: **Islamische Gemeinde, Stadtverwaltung und Nachbarschaft im Dialog**

In einem Stadtteil kam es immer wieder zu Beschwerden über die hohen Besucherzahlen bei einer großen islamischen Gemeinde, die mitten in einem Wohngebiet liegt, insbesondere beim Freitagsgebet und an muslimischen Feiertagen. Eine Analyse der Situation hat ergeben, dass die Gemeinde mit dem starken Zulauf überfordert war und dass das Gebäude zwar ausreichend groß war, aber brandschutztechnisch für die gestiegenen Besucherzahlen nachgerüstet werden musste. Außerdem brauchte es Lösungen in Bezug auf das Parken und die

Anfahrt mit dem ÖPNV an Feiertagen. In enger Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Gemeinde, Projektmitarbeiter*innen aus dem Programm „Demokratie leben!“ und sozialen Einrichtungen im Stadtteil konnten die notwendigen Schritte getan werden: Die Gemeinde hat mehr Parkraum auf ihrem Gelände geschaffen, beim Brandschutz nachgebessert und einen Ordnungsdienst eingesetzt; die Verwaltung hat bei den Behördenangelegenheiten intensiv beraten und kooperiert; weitere Kooperationspartner sowie Polizei und Ordnungsamt haben beim Ramadan-Fest dazu beigetragen, dass der Ablauf funktioniert hat; zusätzliche Busse haben für Entlastung gesorgt.

→ Beispiel: **Schulung „Keine Angst vor Konflikten“ in Burbach**

Eine dreitägige Schulung zum Thema „Keine Angst vor Konflikten“ hat eine Gruppe von Hauptamtlichen überwiegend aus Burbacher Einrichtungen, strategisch wichtigen Kooperationspartnern und Mitarbeitenden der Stadtverwaltung zusammengeführt. Die Teilnehmenden erhielten zum einen theoretisches Wissen zum Thema Konflikte, zum anderen wurde ihnen praktisches Wissen zum Umgang mit Konfliktpotenzialen und Konfliktsituationen vermittelt. Dabei wurden die Sichtweisen, Erfahrungen und Wissensbestände der Teilnehmenden einbezogen, und es wurde anhand konkreter



Miteinander lernen

An ihren Kompetenzen zur Konfliktlösung müssen alle arbeiten. Es gibt dafür erprobte Instrumente und Qualifikationen. Diese können über Fortbildung und Coaching in den jeweiligen Einrichtungen, aber auch durch gemeinsame, trägerübergreifende Schulungen erworben werden.

Beispiele von Herausforderungen im Stadtteil gearbeitet. Die Schulungen enthielten neben theoretischen Inputs, Gruppendiskussionen und Einzelarbeit auch Methoden aus den Konzepten Anti-Bias und Betzavta. Diese wurden eingesetzt, um die Teilnehmenden darin zu unterstützen, kritisch eigenes Handeln in den Blick zu nehmen und sensibel für Gruppenprozesse zu sein. Im Rahmen der Schulung fand darüber hinaus eine Verständigung mit den Akteuren statt, wie ein zukünftiger Regelungsmechanismus bei Fragen von Konflikten im Stadtteil aussehen kann. Diskutiert wurden Ablauf, Struktur und Rollenverteilung bei latenten und akuten Konflikten.

Impressum

Herausgeberin Redaktion

Landeshauptstadt Saarbrücken
Veronika Kabis (Zuwanderungs- und Integrationsbüro)
Martina Meyer (Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen)
Frank Schmitz (Amt für soziale Angelegenheiten)
Christian Bart

Layout und Satz

Bildnachweise (v. l. n. r.)

Seite 1	Peter Uphoff Das Titelbild zeigt ein Plakat, das beim interkulturellen Erzählcafé der Gemeinwesenarbeit Burbach entstanden ist.
Seite 3	Christian Bart, Landeshauptstadt Saarbrücken
Seite 4	Michael Preßer, Claudia Adam, Michael Preßer, Martina Meyer, Gero Weber, Christian Bart
Seite 6/7	Dieter Schumann (Malstatt Scouts), Martina Meyer, Martina Meyer, Martina Meyer
Seite 8	pexels.com: Fox, Markus Spiske temporaus.com, Pragyán Bezbaruah, Pixabay, Pixabay, FransA
Seite 10	Bertelsmann Stiftung
Seite 11	Claudia Adam
Seite 16	Jörn Didas, André Mailänder
Seite 17	Hanna Gressnich
Seite 20	Richard Schmitz, Richard Schmitz
Seite 22	Richard Schmitz
Seite 23	Hardy Alles
Seite 24	Veronika Kabis
Seite 26/27	Gero Weber, Claudia Adam, André Mailänder
Seite 28	Claudia Adam, Martina Meyer
Seite 30/31	Martina Meyer, Martina Meyer, Martina Meyer, Claudia Adam

Auflage

1.000

Erscheinungsdatum

November 2019

www.saarbruecken.de/patchworkcity



Das Projekt PatchWorkCity Saarbrücken wird gefördert als Pilotprojekt im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

www.saarbruecken.de/patchworkcity

